

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 98 (2004)
Heft: 1

Artikel: NW-Gespräch von Willy Spieler mit Monika Stocker : Bedingungen schaffen, dass die Menschen leben und sich entwickeln können
Autor: Spieler, Willy / Stocker, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144433>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bedingungen schaffen, dass die Menschen leben und sich entwickeln können

Monika Stocker ist seit bald zehn Jahren Sozialvorsteherin der Stadt Zürich. Die grüne Stadträtin kommt ursprünglich aus der Friedensbewegung und hat auch in den Neuen Wegen Beiträge zur Friedenspolitik geschrieben. Unmittelbarer Anlass dieses Gesprächs ist ebenfalls ein Friedensprojekt, für das sich Monika Stocker einsetzt: die Initiative «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis», die eine Idee der SP-Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot-Mangold umsetzt. Das Gespräch verfolgt sodann den friedenspolitischen Faden in der Sozialpolitik unserer Gesprächspartnerin. Wichtig ist für Monika Stocker die Gestaltung von Strukturen, die es den Menschen erlauben, ihre Autonomie zu leben und zu entwickeln. Es geht nicht zuletzt um Existenzsicherung durch Integration. Monika Stocker sieht in ihrem «Modell Zürich» mit seinen neu geschaffenen fünf Sozialzentren vorrangig die individuelle Förderung und nicht eine «Geldverteilungsmaschine».

Red.

«1000 Frauen für den Friedensnobelpreis» – ein Projekt, das für Basisfrauen Öffentlichkeit herstellen will

Willy Spieler: *Monika Stocker, ein NW-Gespräch mit Dir war schon lange fällig. Du kannst im Frühjahr 2004 auf zehn Jahre Arbeit als Sozialvorsteherin der Stadt Zürich zurückblicken. Also Zeit für eine Zwischenbilanz, wie es Dir gelingt, als grüne Politikerin die Grundwerte von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Unmittelbarer Anlass für dieses Gespräch ist jedoch Dein neues «Amt» als Vizepräsidentin des Vereins «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis» im Jahr 2005. Welche Überlegungen stehen hinter diesem Vorschlag?*

Monika Stocker: Die Idee stammt von Ruth-Gaby Vermot-Mangold. Sie ist Präsidentin des Vereins, SP-Nationalrätin und eine persönliche Freundin von mir. Gaby Vermot ist für die Menschenrechtskommissionen des Europarates in aller Welt unterwegs. Als sie einmal in Tschetschenien ein Flüchtlingslager besuchte, hörte sie gleichzeitig, dass Jimmy Carter den Friedensnobelpreis bekomme. Das sei schon gut, meinte sie, aber eigentlich müssten auch alle jene diesen Preis bekommen, die dafür sorgen, dass überhaupt noch gelebt werden kann.

In den letzten Monaten, als Bush & Co. den Frieden einmal mehr auf militärische Sicherheit reduzierten, hat sie die Idee wieder aufgenommen und mich angefragt, ob ich mitmache. Für mich war klar, dass es diese Idee ist, die wir jetzt brauchen. Hinter unserem Projekt steht der Gedanke, dass wir den Frieden niemals mit militärischen Siegen schaffen, sondern nur mit «Basics», d.h. klaren *Rahmenbedingungen für das Leben*. Wir wollen 1000 Frauen auf dieser Welt finden, die an der Basis, in ihren Familien und Dörfern, für den Frieden kämpfen und arbeiten.

2005 werden es 100 Jahre her sein, dass *Berta von Suttner* als erste Frau den

Friedensnobelpreis bekommen hat. Insgesamt haben elf Frauen diesen Preis erhalten.

WS: *Ich selbst habe von dieser Idee zum ersten Mal am Radio gehört. Ich war begeistert und dachte, dahinter müsse eine weltweite Bewegung stehen.*

MS: (Lacht.) Die ist es inzwischen auch ganz rasch geworden. Wir sind ein kleiner Verein. Er besteht aus *Christine Menz*, Kommunikationsfachfrau, *Eva Mezger*, Moderatorin und Journalistin, *Rosmarie Zapfl*, CVP-Nationalrätin und Europarätin, *Doris Wastl-Walter*, Professorin an der Uni Bern, *Gaby Vermot* und mir. Es ist ein Schweizer Projekt mit globalem Anspruch. Im vergangenen August haben wir unsere 17 Koordinatorinnen in aller Welt zu einer dreitägigen Aussprache über den Sinn unseres Projekts, unsere Vorstellungen von Frieden und unsere Arbeitsmethoden eingeladen.

NW: *Und wie seid Ihr zu diesen Koordinatorinnen gekommen?*

MS: Über unsere Beziehungsnetze als «Promi-Frauen». Dann haben wir eine Starthilfe vom EDA erhalten, einen grossen Support auch von unserer Aussenministerin *Micheline Calmy-Rey*. Das Büro haben wir bei der Schweizerischen Friedensstiftung *Swisspeace* eingerichtet, müssen also keine eigene Infrastruktur aufbauen. Zwei junge Frauen mit viel Power, eine Historikerin und eine Politologin, führen jetzt diese Geschäftsstelle.

WS: *Nach welchen Friedenskriterien werden die 1000 Frauen ausgewählt? Und wer macht sich auf die Suche nach diesen 1000 Frauen in allen Ländern der Erde?*

MS: Wir wollen für *Basisfrauen* von ganz unten Öffentlichkeit herstellen, ihnen ein Gesicht geben, ihre Biographien dokumentieren, auch die Bedingungen, unter denen sie wirken. Darum brauchen wir Koordinatorinnen, die in ihren Ländern

gut vernetzt sind und mit den Basisbewegungen zusammenarbeiten. Die Kriterien, nach denen die Koordinatorinnen arbeiten, gehen aus von einem konkreten Friedensbegriff. Wir suchen Frauen, die es verstehen, in den realen Verhältnissen Frieden zu ermöglichen.

Wir verkaufen 1000 Aktien, aber keinen Garantieschein fürs Gelingen

WS: *Soviel ich weiss, soll jeder Staat mindestens mit einer Friedensfrau bei Eurer Nomination für den Friedensnobelpreis vertreten sein. Wie ist das konkrete Vorgehen?*

MS: Die Koordinatorinnen müssen uns

«Wir wollen 1000 Frauen auf dieser Welt finden, die für den Frieden arbeiten» (Monika Stocker beim NW-Gespräch in ihrem Sozialdepartement am 4. Dezember 2003).



die Frauen ihrer Wahl bis Mitte 2004 melden. Unsere Aufgabe wird es dann sein, diese Frauen nach einheitlichen Kriterien zu beurteilen. Wir werden dazu auch noch zwei, drei Kulturfachfrauen beziehen. Das ehrgeizige Ziel ist die Nomination von 1000 Frauen. Wir werden ihre Friedensarbeit *dokumentieren*. Im Dezember 2005, wenn der Friedens-

nobelpreis verliehen wird, soll darüber hinaus eine *Ausstellung* stattfinden.

Wir haben bereits den Kontakt zu *Geir Lundestad*, dem Sekretär des Komitees für den Friedensnobelpreis, hergestellt. Er hat Gaby Vermot gesagt, wir seien für ihn eine ziemliche Herausforderung. Aber er werde uns so oder so einen Platz einräumen: Mit der Ausstellung über alle «unsere» Frauen wollen wir dann in Stockholm präsent sein während der Preisverleihung.

WS: *1000 Friedensfrauen – das sind 1000 Friedensstrategien? Davon könnten wichtige Impulse ausgehen, wenn diese 1000 Frauen sich ein weltumspannendes Friedensnetzwerk geben würden.*

MS: Das ist ein sehr schönes Bild. Nebst der Nomination für den Friedensnobelpreis und der Dokumentation lancieren wir als drittes noch ein *Forschungsprojekt*. Dieses übernimmt die Professorin Doris Wastl-Walter von der Uni Bern. Sie wird zusammen mit Doktorandinnen auch die sozialgeographischen Bedingungen eines Landes studieren, um unsere Evaluationsstrategien zu prüfen.

WS: *Diese drei Projekte kosten Geld. Wie finanziert Ihr nur schon die 1000 Nominationen?*

MS: Es ist ein sehr teures Projekt. Man muss viel reisen. Die Koordinatorinnen vor Ort verfügen kaum über eigene Ressourcen.

Wir stützen uns für die *Finanzierung* auf drei Pfeiler: 1. auf die offizielle Schweiz, ein bisschen EDA und Swisspeace, 2. auf Sponsorinnen und Sponsoren aller Art und Grösse, 3. auf 1000 Aktien, die ich namentlich auch den *Leserinnen und Lesern der Neuen Wege* empfehlen möchte. Der Kauf einer Aktie kostet 1000 Franken. Das ergäbe zusammen eine Million Franken. Natürlich können sich auch mehrere Personen, etwa eine Partei oder eine Frauengruppe, an einer solchen Aktie beteiligen. Eine Dividende gibt es nicht, wohl aber eine

Dokumentation, ein Buch oder einen Ausstellungskatalog.

Unser Projekt hat eben auch *Bewegungscharakter*. Die Leute, die davon hören, reagieren zunächst mit ungläubigem Staunen, dann aber zündet der Funke: «Wie tröstlich, dass es das gibt.»

WS: *Es ist eben auch ein Projekt bewegter Frauen.*

MS: Wir sind alles Frauen, die noch ein paar andere Dinge machen. Aber ich merke, dass dieses Projekt auch mir gut tut. Die Hauptarbeit leistet sicher Gaby Vermot, die sich nebst Nationalrat und Europarat ausschliesslich dieser Aufgabe widmet. Aber es ist für sie wichtig zu wissen, dass ihr ein paar Frauen den Rücken stärken.

WS: *Und hoffentlich auch ein paar Männer.*

MS: Ja sicher, es geht nicht um ein reines Frauenprojekt. Wichtig ist nur, dass wir paar Schweizer Frauen die *Verantwortung* übernehmen. Auch wenn wir keinen Garantieschein für das Gelingen vorweisen können, dürfen wir vor allem unsere Koordinatorinnen nicht enttäuschen.

Der soziale Friede ist zum Schimpfwort geworden

WS: *Monika, seit ich Dich kenne, bist Du als nachhaltige Friedensfrau tätig. Du hast in den Neuen Wegen publizistisch «debütiert», wenn ich das so sagen darf.*

MS: Ja, das ist so.

WS: *Dein erster Artikel trug den Titel «Frauen für den Frieden» und ist im Aprilheft 1980 erschienen. Über das friedenspolitische Engagement bist Du zu den Grünen gestossen, 1987 Nationalrätin und 1994 Stadträtin von Zürich geworden. Gibt es so etwas wie den roten oder grünen Friedensfaden, der sich durch Dein politisches Engagement hindurch zieht?*

MS: Das gibt es sicher, wobei die verschiedenen Fäden nicht immer gleich stark sind. Im Moment ist das *Sozialdepartement der Stadt Zürich* meine Hauptaufgabe, eine schwierige dazu. Aber immer geht es mir darum, Bedingungen zu schaffen, dass die Menschen leben können. Es sind heute ja immer mehr strukturelle Hindernisse, die den Menschen im Weg stehen. Früher hatte man den Eindruck, es seien vor allem individuelle Hindernisse.

Das allerdings hat mit dem *Friedensengagement* zu tun: Wir müssen die Strukturen so gestalten, dass die Menschen leben und sich entwickeln können.

WS: Man spricht ja nicht umsonst vom «sozialen Frieden».

MS: Aber der ist heute leider kein Markenzeichen mehr, sondern ein Schimpfwort.

WS: Früher galt der soziale Frieden in diesem Land als das, was man heute «Standortvorteil» nennt.

MS: Und könnte es ja wieder werden.

WS: Und wird es ja wohl zwangsläufig wieder werden. Es genügt, dass infolge von immer mehr Sozialabbau Unruhen ausbrechen oder eine neue Drogenverelendung sichtbar wird.

MS: Aber das ist doch verrückt, dass zuerst eine Verelendung oder Verwahrlosung entstehen muss, bis wieder partnerschaftliche Lösungen gesucht werden.

WS: Wir sind eine blockierte Gesellschaft, von Dialog keine Spur; um der Einsicht nachzuhelfen, braucht es offener Druck.

Individuelle Risiken wurden durch strukturelle abgelöst

WS: Als Stadträtin hast Du Dir im Sommer 2000 den «Luxus» einer zweimonatigen Auszeit geleistet, um über Dei-

ne Arbeit im Sozialwesen nachzudenken und erst noch ein Buch zu schreiben. Es heisst «Lernen aus den 90er Jahren – Plädoyer für eine zukunftsfähige Sozialpolitik im Jahrzehnt danach». Was haben die 90er Jahre für das Sozialwesen bedeutet?

MS: In den 90er Jahren haben wir zum ersten Mal gespürt, dass die individuellen Risiken durch die strukturellen abgelöst werden. Armutsbetroffen sind nicht mehr nur Frau Meier oder Herr Müller, sondern *die* alleinerziehenden Mütter, *die* geschiedenen Frauen oder *die* suchtkranken Menschen. Infolge der *Rezession*, aber auch der gesellschaftlichen Veränderungen der 90er Jahre haben sich ebenfalls die Strukturen verändert, sowohl die lokalen als auch die globalen Strukturen und selbst die familiären Strukturen. Die traditionellen Netze gibt es nicht mehr. Deshalb sollte immer mehr der Staat einspringen. Doch er hat die dafür nötigen Instrumente nicht oder sie sind ihm weggespart worden. Unter dem *Neoliberalismus* wurde ihm gar das Recht abgesprochen, sozialpolitisch zu handeln.

Das *Drogenelend* der 90er Jahre brachte es an den Tag: Man kann nicht immer mehr vom selben machen, von der Repression zum Beispiel, es ändert sich nichts. Eine kollektive Verelendung bleibt eine kollektive Verelendung, wenn nicht die Strukturen verändert werden. Das war Marxismus pur, den man hier anwenden konnte. Erst durch das klare strukturelle Commitment – Polizei und Soziales arbeiteten in dieselbe Richtung und zeigten den Menschen einen Weg – konnte der Letten aufgelöst werden. Dann kam die Rezession mit den Erwerbslosen, es kamen die armutsbetroffenen Familien, die Migrantinnen und Migranten, aber uns fehlten die Strukturen, um diesen Problemen zu begegnen.

WS: Gleichzeitig grassierte in diesen 90er Jahren die neoliberale Sparideologie, die

dem Staat dringend benötigte Ressourcen entzieht.

MS: Wir haben in der Schweiz die ganze soziale Sicherheit an der Lohnarbeit festgemacht. Mehr vom selben bringt auch hier «nichts mehr». Das ist ja auch ein Prinzip der Ökologie: In einem System, das übernutzt ist, kannst du nicht mit mehr vom selben ein Problem lösen. Wenn die Lohnarbeit bröckelt, kippt auch das soziale Sicherheitssystem. Was wir brauchen, ist ein Systemwechsel und hat nichts mit Sparen zu tun. Aber das ist fast nicht in die politische Debatte zu kriegen. Die Leute meinen, ihnen würde etwas weggenommen. Wir können je-



«Das Verrückte ist doch, dass Geld da ist, wie noch nie.»

doch nicht mehr alles über die Lohnarbeit sichern, oder wir müssten die Strukturen der Arbeitswelt so verändern, dass jeder arbeitsfähige Mensch an der Lohnarbeit partizipieren könnte. Davon sind wir jedoch weit entfernt. Ich war 1996 in einer Expertenkommission zur IDA-FiSo (Interdepartementale Arbeitsgruppe zur Finanzierung der Sozialwerke) mit Otto Piller. Das haben wir gescheite Plä-

ne geschmiedet, die jetzt alle in irgend-einer Bundesschublade ruhen.

Das falsche Denken spart bei den Ärmsten

WS: Die Mentalität, dass Armut und Erwerbslosigkeit selbstverschuldet seien, ist noch weit verbreitet. Mehr vom selben heisst dann, dass die Probleme auf die Repressionsschiene geschoben werden, wo sie eh unlösbar sind. Selbst im Kanton Zürich sollen jetzt auch noch die Fürsorgeleistungen gekürzt werden.

MS: Ja, die Regierung wollte auch den Grundbedarf II abschaffen, jetzt will sie ihn «nur noch» halbieren. Dabei geht es nicht um den Schlagrahm auf dem «Erdbeeritörtli», ohne den man auch noch gut, sogar gesünder leben kann. Das ist der autonom zu verwendende Betrag eines erwachsenen Menschen, der Sozialhilfe bezieht. Dabei geht es um 100 Franken im Monat, die der Zürcher Regierungsrat auf 50 herunterfahren will. Das ist hanebüchen. Auch für diese Menschen hat der Monat 30 Tage. Man rechne.

WS: Das sind die Verzweiflungstaten eines Regierungsrates, der von der bürgerlichen Mehrheit auf Teufel komm raus zum Sparen gezwungen wird.

MS: Am Schluss der Kette und der Kostenfolgen dieses falschen Denkens beginnt man bei den Ärmsten zu sparen.

WS: Man könnte ja noch vieles verstehen, wenn unsere Gesellschaft als ganze arm wäre. Gespart wird aber nur, um am oberen Ende Steuergeschenke zu machen, also auch noch von Staats wegen eine gigantische Umverteilung von unten nach oben in Gang zu setzen. Eben wurde im Kanton Zürich die Handänderungssteuer – zuvor die Erbschaftsteuer – abgeschafft.

MS: Die Abschaffung der Handänderungssteuer bringt nur für die Stadt Zürich Einnahmenausfälle von jährlich 40 Millionen. Das ist viel Geld. Und auf

der anderen Seite reicht es nur noch für diese 50 Franken. Da schaffen wir eine strukturelle Spannung, da weichen wir ab von einem Weg, der sich bis jetzt politisch bewährt hat. Das ist eine *schamlose Gefährdung des sozialen Friedens*.

Leute aus dem Ausland, die vor allem wegen der Drogenproblematik Zürich besuchen, wundern sich, dass wir zwar eine Grossstadt seien, aber *keine Grossstadtprobleme* mit armen Menschen und Obdachlosen hätten. Diesen Leuten rechne ich jeweils vor, dass uns die Bekämpfung der Armut Millionen kostet. Doch, wenn es so weitergeht, haben wir bald auch in Schweizer Städten dieselben Probleme wie in anderen vergleichbaren Städten des Auslands.

WS: *Erst wenn das Elend sichtbar wird und die Wirtschaft über diesen «Standortnachteil» lamentiert, kommst Du wieder zu den benötigten Budgetposten.*

MS: Aber wenn die Stadt Zürich von Firmen kontaktiert wird, die sich hier niederlassen möchten, dann sind die obersten Prioritäten die Sicherheit, gute Schulen und ausserfamiliäre Kinderbetreuung. Der Steuerfuss rangiert nicht unter den zehn ersten Fragen. Wenn das urbane Leben in relativer Sicherheit gewährleistet ist, dann stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis.

Das «Modell Zürich» will die individuelle «Promotion»

WS: *Die Wirtschaftspartei SVP wäre demnach alles andere als wirtschaftsfreundlich.*

MS: Es geht ja bei der SVP auch nicht um Wirtschaft, es geht um *Privilegien*.

In meinem Buch geht es mir denn auch nicht darum, möglichst viel Geld zur Verfügung zu haben, sondern möglichst viel *Integrationsarbeit* zu leisten. Geld für die Integration ist eine *Investition* mit Langzeitfolgen. Armut bekämpfen ist keine Investition, sondern eine *Nothilfe*. Wir hatten 2003 über 12 400 Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen

waren, gut 3000 Jugend- und Familienhilfefälle, rund 5600 Menschen mit vormundschaftlichen Massnahmen und 3000 zu betreuende Asylsuchende in der Stadt. Da könnte man schon kapitulieren. Aber das «Modell Zürich» versteht sich als eine individuelle «Promotion» und nicht als Geldverteilungsmaschine. Darum haben wir *fünf Sozialzentren* geschaffen, die unsere Ressourcen mit jenen der Quartiere, mit der «Zivilgesellschaft», vernetzen sollen. Dass ein Gewerbler einem Lehrling eine Chance gibt, passiert heute nicht mehr automatisch.

WS: *Damit verändert sich auch das Berufsbild der Sozialarbeit. Diese ist nicht mehr so spezialisiert, gefragt sind wieder die Allrounder/innen.*

MS: Es darf nicht mehr sein, dass sich ein Sozialarbeiter wegen seiner Spezialisierung nicht zuständig fühlt und der arme Klient von einem Ort zum anderen geschickt wird und immer wieder seine Lebensgeschichte repetieren muss. Nach unserem Modell wird er in einem «Intake» empfangen und kommt innerhalb von 24 Stunden zu seiner Fachperson. Die Hälfte der Fälle soll schon in diesem «Intake» gelöst werden. Die komplexen Fälle gehen an die *Quartierteams*. Hier sitzen verschiedene Fachleute am Tisch. Und diejenige Fachperson übernimmt den Fall, die sich dazu am besten imstande sieht. Für spezifische Fragen zieht sie Mitarbeitende mit anderen Spezialkenntnissen bei.

WS: *Diese Veränderung des Berufsbildes hat in Deinem Sozialamt ja auch zu Spannungen geführt.*

MS: Sozialarbeit ist ein Beruf, der seine Identität über die Rolle schafft. Bin ich Sozialarbeiterin in der Drogenhilfe, so ist das irgendwie festzumachen. Aber bin ich Sozialarbeiterin in einem Sozialzentrum, dann gibt es keine abgegrenzten Zuständigkeiten, was mir zunächst die Identität nimmt. Es muss eine neue

entstehen. Dann aber bin ich *Allrounderin*, kenne mein Quartier und habe gute Kontakte zu den Gewerbetreibenden, den Firmen, den Vereinen und den Schulen. Das braucht natürlich seine Zeit. Am meisten gelitten haben die Amtsvormund/innen. Sie waren als Spezialisten für besonders herausfordernde Fälle Respektpersonen und befürchteten, in ihrer Rolle als «normale» Quartierteammitglieder degradiert zu werden.

Der Staat kann nicht lieben

WS: Du plädierst für eine offensiv integrative kommunale Sozialpolitik und prägst den Slogan «vom welfare state zur welfare society». Was ist darunter zu verstehen?

MS: Wenn wir 10 000 Fälle nach dem alten Modell behandeln müssten, wo ein Sozialarbeiter für 50 bis 60 Fälle zuständig war, dann hätte ich eh schon bis zu 200 Sozialarbeitende zu beschäftigen, ohne dass es dabei auch wirklich zu strukturellen Problemlösungen käme. Wir müssen auch die *Kräfte der Zivilgesellschaft*, die Kirchen und weitere Non-profit-Organisationen, die Stiftungen oder Vereine wie Pro Juventute und Pro Senectute einbeziehen. Ich will ja nicht den Sozialstaat abbauen, sondern suche nach Lösungen, die der Staat ohne diese Partnerschaften gar nicht bereitstellen kann. Wer schaut bei einer depressiven Mutter, ob die Kinder rechtzeitig zur

Schule gehen? Das kann doch nur eine Nachbarin machen. Ein Fussballplatz kann für junge Menschen integrativer sein als drei Jugendarbeiter.

Der Staat kann nicht alles, er kann Gerechtigkeit schaffen, aber er kann nicht lieben. Er kann nicht gewährleisten, was zwischen den Menschen passieren muss, damit das Zusammenleben gelingt.

WS: Gerechtigkeit heisst, dass der Staat seine Sozialleistungen ohne Ansehen der Person gewährt. Das ist wichtig in einer Zeit, wo die Neokonservativen meinen, zwischen wirklich Bedürftigen und Schmarotzern oder zwischen unverschuldet und verschuldet Armen unterscheiden zu müssen oder auch nur zu können.

MS: Wir sollten im Einzelfall ohnehin nicht inquisitorisch nach den Ursachen von Armut fragen, sondern nach dem Ziel, dass wir uns setzen wollen. Es hilft niemandem zu wissen, dass schon die Grossmutter eine ledige Mutter war.

WS: Ich kenne aus eigener Erfahrung diese seltsame Mischung zwischen Helfersyndrom und Voyeurismus, der Laienbehörden oft im Umgang mit Hilfesuchenden erliegen.

MS: Die Frage muss sein: Was möchte die armutsbetroffene Person und was kann ich dazu beitragen? So kommt es zu einer Zielvereinbarung, in der die beidseitigen Erwartungen formuliert werden. Aber dieser Perspektivenwechsel ist fast revolutionär, auch in unserer Profession.

Die Wirtschaft frisst ihre eigenen Kinder

WS: Die Armutsrisiken haben massiv zugenommen. Ist damit die öffentliche Fürsorge nicht total überfordert? Sie war doch für den individuellen Fall auf Zeit gedacht und nicht für ganze Kategorien oder Gruppen von Betroffenen wie Langzeitarbeitslose, working poor, Alleinerziehende, Familien. Was wäre denn in



Das Buch zum Thema: Monika Stocker plädiert für eine zukunftsfähige Sozialpolitik.

der Sozialpolitik vorzukehren?

MS: Wir haben *nachgeschaltete Systeme*, zunächst die Arbeitslosenversicherung, die Unfallversicherung, die IV und am Schluss die Sozialhilfe. Es kann sein, dass ein Mensch durch alle diese Mühlen hindurchgeht und dabei immer mehr demotiviert, ja demoralisiert wird. Man sollte das alles zusammenlegen, d.h. *nicht die Ursache*, die Arbeitslosigkeit oder den Unfall, *versichern, sondern das Integra-tionsziel*. Wenn wir Kompetenz-zentren für Integration hätten, die abklären, was jemand kann, und entsprechende Massnahmen vorschlagen, könnte viel Geld gespart werden. Es gäbe eine vernetzte, qualifizierte Integration.

Wir werden zweitens darüber nachdenken müssen, ob wir die ganze soziale Sicherheit, auch die *Altersversicherung*, weiterhin an der Lohnarbeit festmachen sollen. Die Alternative wäre eine *Grundsicherung*, als solche war die AHV ja auch gemeint. Und nur die zweite Säule wäre von einem Erwerbseinkommen abhängig. Heute bekommen immer mehr Leute eine ungenügende AHV, weil sie eine *gebrochene Biographie* haben. Scheidung zum Beispiel ist für Frauen eine der häufigsten Armutsursachen.

Drittens sollten wir die *Arbeitslosenversicherung durch ein Recht auf Arbeit ersetzen*, das zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vereinbaren wäre. Es darf nicht sein, dass die Arbeitslosenversicherung einspringt, wenn die eine Seite «vertragsbrüchig» wird. Die Arbeitslosenversicherung wird heute benutzt, um Leute zu entlassen und dadurch Profit zu erzielen. Wenn die UBS trotz riesiger Gewinnmarge noch 1000 Arbeitsplätze abbaut, dann schafft sie eine Arbeitslosigkeit, für die doch die Arbeitslosenversicherung nicht gedacht war.

NW: *Wie willst Du das verhindern? Du hast von einem Recht auf Arbeit gesprochen. Adressat von Grundrechten ist aber nach herkömmlicher Auffassung der Staat.*

MS: Aber Wirtschaften heisst doch auch *Arbeit schaffen* und *nicht nur Gewinn scheffeln*. Sonst werden wir von einer Rezession in die andere fallen. Wenn nicht Arbeitsplätze geschaffen werden, dann fallen das Konsumsystem, das Immobiliensystem usw. zusammen.

NW: *Die sog. Wirtschaft entgegnet, wenn wir nicht auf Teufel komm raus 20 und mehr Prozent Kapitalrendite erzielen, dann fallen wir zusammen.*

MS: Die Wirtschaft könnte ja auch noch andere Rentabilitätsrechnungen machen. Die *volkswirtschaftliche Rentabilität* eines Unternehmens müsste auch ausgewiesen werden. Dann käme noch ein anderer Wettbewerb zustande.

NW: *Unternehmensleitungen denken halt in der Regel nur betriebswirtschaftlich und nicht volkswirtschaftlich.*

MS: Wenn sie nur betriebswirtschaftlich denken, dann frisst die Wirtschaft ihre eigenen Kinder. Was generieren Sozialhilfeempfänger, die nur noch über 50 Franken frei verfügen können, an Konsum? Das Verrückte ist doch, dass Geld da ist wie noch nie. Es hat *viel zu viel Kapital*, das der Markt kaum mehr aufnimmt, und gleichzeitig fehlt es an den kleinsten Krediten für Investitionen.

Die Sozialhilfe müsste ein Gewicht bekommen wie die AHV

NW: *Könnte die Grundsicherung für alle die erwähnten Kategorien neuer Armut nicht auch über eine Ausweitung des Systems der Ergänzungsleistungen garantiert werden?*

MS: Ich habe in dieser Frage zwei Seelen in meiner Brust. Wir sollten auch die Sozialhilfe aufwerten. Sie zu beziehen ist keine Schande. Alle können in die Lage kommen, wenigstens temporär Sozialhilfe zu benötigen. Die Sozialhilfe sollte über ein Rahmengesetz zu einer *eidgenössischen Grundsicherung* ausgestaltet werden. So würden die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozial-

hilfe (SKOS) für alle Bezugsberechtigten von Romanshorn bis Genf gleich angewendet. Heute ist die Sozialhilfe Sache der Kantone, und diese delegieren sie weiter an die Gemeinden. Die Sozialhilfe müsste ein Gewicht bekommen wie die AHV. Daneben gibt es spezifische Zielgruppen wie armutsbetroffene Familien und Alleinerziehende oder ältere Langzeitarbeitslose, für die das *System der Ergänzungsleistungen* in Frage käme.

NW: Warum nicht für die *working poor*?

MS: Ich verahre mich nur schon dagegen, dass die Existenzsicherung der *working poor* über die Sozialhilfe geht. Die Lösung ist nun wirklich die *Sache der Arbeitgeber*. Da müssten die *Gewerkschaften* kämpferischer werden. Es darf nicht sein, dass im Gastgewerbe Löhne von nur 2700 Franken bezahlt werden. Gopferteckel! (Lacht.)

NW: Woher kommt Deine Zurückhaltung gegenüber einem garantierten Mindesteinkommen für die genannten Kategorien als Alternative zur Sozialhilfe?

MS: Um Risikogruppen temporär zu unterstützen, sind die Ergänzungsleistungen eine gute Form. Mir gefällt das *Tessiner Modell*, das die Zulagen an armutsbetroffene Familien und Alleinerziehende auf die Zeit beschränkt, in der die Kinder klein sind. Aber das Ziel ist, Frauen, Kinder, Jugendliche zu integrieren und nochmals zu integrieren. Es geht nicht darum, ein Risiko einfach finanziell «abzufüllen». Automatismen bedeuten immer auch Stillstand.

Bei der AHV ist das anders. Wer sie bezieht, muss nicht mehr integriert werden und soll nicht mehr arbeiten müssen. Das Problem beginnt aber schon bei der IV. Früher hiess es: «*Eingliederung kommt vor Rente*.» Es wurden Werkstätten und Wohnheime finanziert. Heute werden immer mehr nur die Renten ausbezahlt – und schon macht das üble Wort von den «Scheininvaliden» die Runde.

Am dümmsten tun wir im Asylwesen

NW: Die politische Rechte meint, Integration sei Sache der Einzelnen und nicht des Staates.

MS: Es braucht doch beides. Aber der Einzelne muss seinen Beitrag auch leisten können. Wenn wir ihn von vornherein ausgrenzen, kann er das nicht. Dazu braucht es *strukturelle Rahmenbedingungen*.

Ich muss es wie in einer Gebetsmühle immer wieder sagen: Was in der *Integration* nicht geleistet wird, kostet nachher in der *Repression*. Auch unsere Leistungen auf dem *Ergänzenden Arbeitsmarkt* sind kostengünstiger als das staatliche Nichtstun. Aber das muss ich immer wieder verteidigen. Oder noch verrückter: Aus finanziellen Gründen sollte ich eigentlich keine Kinder mehr in Heimen platzieren, sondern zuwarten, bis sie kriminell werden. Erst dann bezahlt der Kanton die Kosten.

Am dümmsten tun wir im *Asylwesen*. Wenn wir die Asylsuchenden in einen Zivilschutzbunker verlegen, ihnen jede Erwerbsarbeit verbieten und nur zwei bis drei Franken Taschengeld gewähren, was sollen sie dann noch zu ihrer Integration beitragen? Ihr einziger Beitrag ist dann, nicht verrückt zu werden und Amok zu laufen.

WS: In seinem «Asylpolitischen Manifest» hat der Stadtrat von Zürich für Asylsuchende denn auch ein Recht auf Arbeit und eine Pflicht zur Arbeit gefordert. Vor allem die Pflicht zur Arbeit hat viel zu reden gegeben.

MS: Und ich bleibe dabei. Identität und Menschenwürde haben in unserer Kultur viel mit *Arbeit* zu tun. Arbeit gibt Asylsuchenden Kontakt, Geld und Tagesstrukturen. «Zwangsarbeit» stand natürlich nie zur Diskussion. Aber das Bewusstsein, dass Arbeit bei uns selbstverständlich ist, gehört zur Integration.

WS: Doch die Asylgesetzrevision setzt sich über diese Überlegungen hinweg.

MS: Man macht das Falsche. Stattdessen wird an der Repressionsspirale gedreht, man will wieder mehr vom selben. Einerseits soll im Asylwesen gespart werden, andererseits schafft man *neue Haftgründe*. Ein Gefängnistag ist mit 300 bis 400 Franken das Teuerste und das Dümme, was man sich ausdenken kann.

WS: *So glaubt man, die fremdenfeindliche Rechte beruhigen zu können. Dabei hängt diese an der Repressionsspirale wie der Junkie an der Nadel.*

MS: Wenn zwei schwarze Männer beim Bauern X für etwas Geld samt Unterkunft und Verpflegung arbeiten, könnte das alle Rechtsextremen viel mehr beruhigen als die Inhaftierung. Aber vielleicht wollen sie gar nicht beruhigt werden. Vor allem aber wollen sie nicht, dass wir *un-seren Beitrag* leisten können. Sonst würde es selbstverständlich, dass diese Menschen bereit sind, sich auf der Suche nach einem besseren Leben bei uns zu integrieren, zu leben und zu arbeiten wie wir.

WS: *Es gibt Quartiere mit hohem Anteil an Menschen ohne Schweizerpass, aber unterschiedlicher Integrationsfähigkeit. Die linken Kreise 4 und 5 haben da offenbar weniger Probleme als z.B. Schwamendingen. Das hat eben wieder die Abstimmung über die Anerkennung nichtchristlicher Religionsgemeinschaften gezeigt. Woran liegt das?*

MS: Die Kreise 4 und 5 sind traditionelle Migrationsquartiere. Die Migration hat diese Quartiere gestärkt. Es ist ja nicht so, dass Migrationsprobleme ein Quartier nur schwächen, es gibt vielmehr auch eine Selbstverständlichkeit im Umgang, das *Selbstbewusstsein eines Weltquartiers*. Wer heute einwandert, kommt zwar auch in den Kreisen 4 oder 5 an, geht aber im Schnitt nach neun Monaten weiter nach Zürich Nord. Dort finden sie ein anderes Klima, sind aber selbst oft nicht stark genug, um zu ihrer Inte-

gration beizutragen. Aber die Gemeinwesenarbeit, die jetzt in Zürich Nord für die Neuzuzüger/innen nötig wäre, droht ja auch weggespart zu werden.

«Doch, es lohnt sich!»

WS: *Gegen Ende Deines Buchs prägst Du den Begriff der «sozialen Nachhaltigkeit». Was verstehst Du darunter?*

MS: «Soziale Nachhaltigkeit» bedeutet, dass jeder Mensch, welches auch seine Biographie sein mag, immer wieder eine *Chance* bekommt, *selbstbestimmt* zu leben. Wenn wir selbst in eine solche Situation kämen, möchten wir ja auch, dass man uns ein bisschen Freiraum lässt.



«Wirtschaften heisst auch Arbeit schaffen und nicht nur Gewinn scheffeln» (Bilder: Willy Spieler).

WS: *In Deinem Artikel «Frauen für den Frieden» hast Du 1980 geschrieben: «Mein Frieden ist das gelebte Abbauen von Gewalt, wo und wie immer sie auftreten mag. Mein Frieden ist mein konkretes Leben als Frau in meinen Beziehungen, in meinem Beruf, in der Politik, in der Öffentlichkeit. Ein hartes Stück Arbeit!» Wie lautet Deine Zwischenbilanz nach mehr als 20 Jahren?*

MS: Ja, es ist ein hartes Stück Arbeit. Aber meine *Lebensenergie* beziehe ich auch aus dieser Arbeit. Wenn ich nachts um 10 Uhr etwas unterschreibe, was irgendwo wieder ein Projekt voranbringt, sage ich mir: «Doch, es lohnt sich!» ●